Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Fabian Fritzsche – Sackgasse Fiskalpakt
2. Rudolf Hickel: Schöpferische Zerstörung – Warum Deutsche Bank & Co. zerschlagen werden müssen
3. Gut inszeniert, die Mainstream-Meinung
4. Magazine im Netz – Mehr Distanz, mehr Nähe
5. Berlins europäische Rezession
6. Abschreckung für Leistungsträger
7. Der Banker, dein Feind
8. Schuldenreport 2012: Weltweiter Stand der Verschuldung
9. The 13,6% decrease in hourly wage costs in Greece after the third quarter of 2009
10. Streit um Target-2-Salden – Ein Professor, der Äpfeln, Birnen und Bananen addiert
11. Thomas Fricke: Huch, wir sind Wirtschaftswunder
12. Weniger als das Minimum
13. Der Iran und die Gefahr eines neuen Krieges
14. Syrische Sackgasse
15. Solid gegen alle, alle gegen Solid
16. Piratenpartei: Vom Betriebssystem zum Parteiprogramm
17. Chancen, Freiheit und Verantwortung in der Klassengesellschaft
18. Bloß keine Neid-Debatte!
19. Christoph Lütgert: "BILD" bleibt "BILD" – ganz tief unten
20. „Kölner Treff" mit Stéphane Hessel

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Fabian Fritzsche – Sackgasse Fiskalpakt**
   Mit der Unterzeichnung des Fiskalpaktes hofft man auf die Stabilisierung des Euros, wenn nicht sogar auf das Ende der Krise. Aber wie effektiv sind die neuen fiskalpolitischen Regelungen wirklich?
   Am 2. März 2012 wurde der Europäische Fiskalpakt von fast allen EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet und wartet nun auf Ratifizierung, um am 1. Januar 2013 in Kraft treten

zu können. Die Befürworter erhoffen sich von dieser erneuten Verschärfung der fiskalpolitischen Regelungen mindestens mehr Stabilität als bisher, möglicherweise gar das Ende der nach wie vor schwelenden Krise. Wesentlicher Punkt ist die Vereinbarung einer Schuldenbremse, der allgemeine Staatshaushalt muss mindestens ausgeglichen sein, das strukturelle Defizit darf 0,5% des BIPs nicht überschreiten. Das bisherige Defizitkriterium des Stabilitätspaktes von 3% Defizit wird also erheblich verringert. Doch hätte die aktuelle Krise mit dem Fiskalpakt wirklich verhindert werden können und/oder trägt er zur Lösung der Krise bei?
Quelle: FTD WirtschaftsWunder

2. **Rudolf Hickel: Schöpferische Zerstörung – Warum Deutsche Bank & Co. zerschlagen werden müssen**
   Die jüngste Finanzmarktkrise ist kaum vorbei, da braut sich im Zuge der Euro-Krise schon der nächste Absturz der Weltfinanzmärkte zusammen. Ob allerdings der Staat noch einmal als Retter wird einspringen können, ist mangels staatlicher Finanzkraft und schwindender öffentlicher Akzeptanz höchst zweifelhaft. Auf der anderen Seite reicht die anhaltende Krise offensichtlich nicht aus, um die notwendige radikale Reform der Banken und Finanzinstitute endlich in die Wege zu leiten.
   Seit Ende der 1980er Jahre haben sich die Geschäfte auf den Finanzmärkten von denen der realen Produktionswirtschaft immer stärker gelöst und verselbstständigt. Das Volumen aller Finanztransaktionen ist mittlerweile 75mal so hoch wie die gesamte Weltproduktion. Allein das verwaltete Vermögen unter der Regie von Hedgefonds, den weltweiten Kapitalsammelstellen für Vermögende, ist vom 1,8fachen der Weltproduktion im Jahr 1999 auf das 30,4fache in 2010 explodiert. Finanzmärkte haben nichts mit der Idylle des Marktwettbewerbs zu tun. Die Regeln der Preisbildung aus Angebot und Nachfrage vieler kleiner Marktteilnehmer spielen keine Rolle. Im Gegenteil: Hier dominiert ein Netz von schier allmächtigen Anbietern und Nachfragern.
   Quelle: Blätter
3. **Gut inszeniert, die Mainstream-Meinung**
   Sind bürgerliche Qualitätszeitungen Kriegshetzer? Medienkritik aus Sicht eines Konfliktforschers
   Lesen Sie gerne Zeitung? Und wenn ja, gehören auch Sie zu jenen, die bürgerlichen Qualitätsblättern wie “FAZ”, “NZZ”, “Süddeutscher Zeitung” oder “Die Zeit” die Stange halten? Ich bekenne: Ich gehöre nicht dazu. Nicht mehr, seit ich über viele Jahre feststellen musste, dass die publizistische Vorbereitung von Krieg dort Methode hat. Starker Tobak, meinen Sie?
   Quelle: Der Standard
4. **Magazine im Netz – Mehr Distanz, mehr Nähe**

Wo Spiegel Online draufsteht, steckt künftig weniger „Spiegel“ drin – zumindest, was die Anzahl der Texte angeht. Doch nicht nur das Nachrichtenmagazin aus Hamburg justiert derzeit seine Web-Strategie neu. […]
Die Verkaufszahlen des „Spiegel“ sinken. Schon bald könnte das Magazin im Einzelverkauf erstmals unter die 300 000-Marke rutschen, derzeit sind es noch rund 311 000 Exemplare (IVW, 4. Quartal 2011), dazu werden per Abonnement etwa 449 000 Stück verkauft. Insgesamt liegt die verkaufte Auflage damit bei rund 928 000 Exemplaren. Seit 2010 wurde die Millionenmarke nicht mehr überschritten. […]
Doch den Grund für das Auflagenminus glaubt mancher Mitarbeiter im eigenen Haus zu finden: Spiegel Online. Auf der Website würden die Print-Texte einfach verschenkt, viele Leser würden deshalb nicht mehr das Heft kaufen, befürchten sie. […]
Deshalb soll die Online-Strategie des „Spiegel“ jetzt neu justiert werden. Aus dem Heft sollen künftig kaum noch Stücke auf der Website erscheinen. Wo Spiegel Online draufsteht, steckt damit weniger „Spiegel“ drin – zumindest, was die Anzahl der Texte betrifft.
Quelle: Tagesspiegel

Anmerkung JB: *Dass den SPIEGEL-Oberen nicht in den Sinn kommt, die sinkende Auflagenzahl mit der sinkenden Qualität in Verbindung zu bringen, lässt tief blicken. Bei aller Kritik am Print-SPIEGEL muss man jedoch konzedieren, dass die Print-Artikel auf der nach unten offenen Qualitätsskala immer noch meilenweit über denen der Online-Redaktion rangieren. Mit dem Entschluss, die Print-Artikel „kaum noch“ online zu stellen, droht SPIEGEL-Online der ultimative Niveau-Limbo.*

5. **Berlins europäische Rezession**
   Das von Berlin und Brüssel verordnete Spardiktat treibt nahezu alle verschuldeten Länder Südeuropas immer tiefer in die Rezession. Dies zeigen neue Daten über die ökonomische Entwicklung Spaniens, Italiens, Portugals und Griechenlands. Demnach ist etwa die Wirtschaft Portugals im letzten Quartal 2011 um 1,3 Prozent eingebrochen und könnte in diesem Jahr um bis zu sechs Prozent schrumpfen. Die italienische Industrieproduktion verzeichnet starke Rückgänge. Die Umsätze im spanischen Einzelhandel – ein Indikator für den privaten Konsum – sind im Vergleich zu 2007 um fast ein Viertel gesunken. Griechenland nähert sich inzwischen dem ökonomischen Niveau von Staaten Lateinamerikas oder Südostasiens an, die bisher deutlich hinter europäischen Standards zurücklagen. Weil die massiven Einbrüche auch deutsche Exporte treffen, droht die Rezession auf längere Sicht auch auf Deutschland zurückzuschlagen – mit gravierenden Folgen.
   Quelle: German Foreign Policy

6. **Abschreckung für Leistungsträger**
   Auch wenn die Schere von arm und reich in Deutschland immer weiter auseinander geht, warnt Wolfgang Clement vor einer Anhebung der Spitzensteuersätze. Leistungsträger könnten so abgeschreckt werden.
   Quelle: Handelsblatt

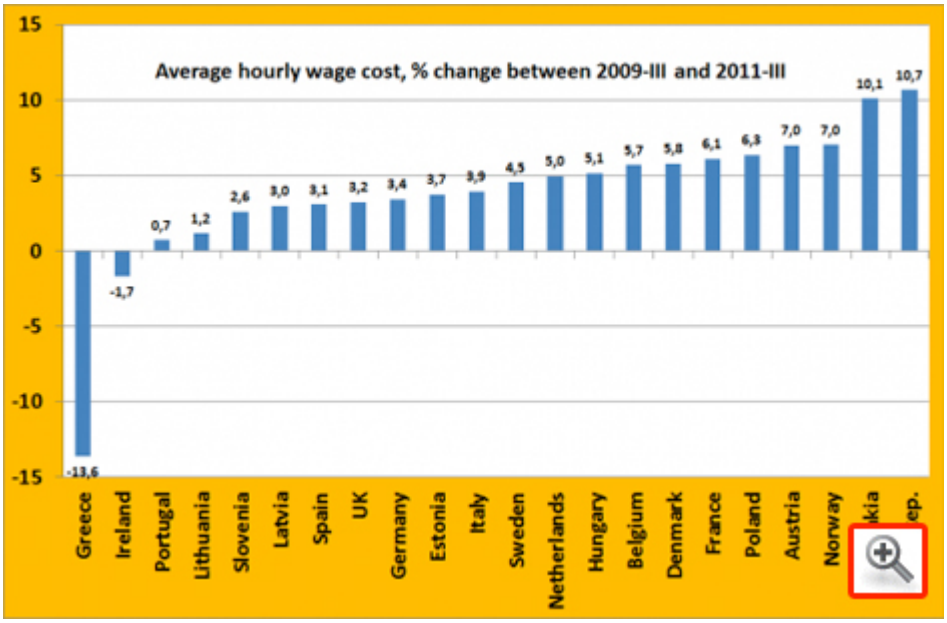
   Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Widerwärtig, aber auch ein bißchen aus der Zeit gefallen. Und natürlich völliger Unsinn. Clement ist offensichtlich nicht bekannt, daß die Leistungsträger dieser Gesellschaft (normale Angestellte, Krankenschwester, Handwerker, Niedriglöhner) praktisch nie in die Gefahr kommen, den Spitzensteuersatz zahlen zu müssen.*

   passend dazu: Lafontaine will 75 Prozent Steuersatz für Millionäre
   Oskar Lafontaine im Interview über seine Spitzenkandidatur im Saarland, Beate Klarsfeld und eine deftige Reichensteuer für Deutschlands Millionäre.
   Quelle: WELT

7. **Der Banker, dein Feind**
   Die harte Kritik an Goldman Sachs zielt auf ein Grundproblem der Finanzindustrie Noch selten hat der Rücktritt eines Managers so viel Aufsehen erregt wie Greg Smiths Abschied von Goldman Sachs. Smiths Knaller war ein Gastkommentar in der New York Times, in dem er der mächtigsten Investmentbank der Welt vorwarf, die Interessen ihrer Kunden für den eigenen Profit zu opfernWirklich neu ist diese Botschaft nicht. Spätestens seitdem vor zwei Jahren bekanntwurde, dass Goldman kurz vor dem Platzen der Immobilienblase einigen Kunden hochspekulative Wertpapiere verkauft hat, gegen die die Bank dann gemeinsam mit einem Hedgefonds wettete, ist bekannt, wie Goldman seine Geschäftspartner behandelt. Aber gerade deshalb sind Smiths Enthüllungen so brisant: Ein Insider bestätigt, was an der Wall Street längst geflüstert wird. Die Betrugsvorwürfe der US-Börsenaufsicht konnte Goldman mit einer Zahlung von 550 Millionen Dollar entschärfen. Der jüngste Reputationsverlust könnte für die Bank noch teurer werden.
   Quelle: Der Standard
8. **Schuldenreport 2012: Weltweiter Stand der Verschuldung**
   Das Bündnis „erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung“ und die Kindernothilfe haben in der Bundespressekonferenz den Schuldenreport 2012 vorgestellt. In seiner bereits vierten Ausgabe macht der Report deutlich: Es sind erneut vor allem die ärmsten Bevölkerungsgruppen, die unter den teils riesigen Schuldenbergen ihrer Staaten leiden. […]
   Und ein Ende der Überschuldung von Staaten ist nicht in Sicht – im Gegenteil: Die

Finanzkrise in Griechenland wird zum bedrohlichen Phänomen. „In der Diskussion vernachlässigt wird allerdings eine Auseinandersetzung mit der Überschuldung vieler Entwicklungsländer“, kritisiert Frank Mischo von der Kindernothilfe. „Und das, obwohl gerade diese Länder an den Folgen der fehlenden staatlichen Leistungsfähigkeit unendlich leiden.“ In seiner vierten Ausgabe zeigt der Schuldenreport, welche Länder von der Überschuldung am stärksten bedroht sind. […]
Angesichts solcher Katastrophen ist die Forderung von erlassjahr.de nach einem fairen und transparenten Schuldenschiedsverfahren aktueller denn je: Sowohl in hoch verschuldeten Ländern des Südens als auch in Griechenland und anderen kritisch verschuldeten Eurostaaten fehlt es an einer geordneten Lösung von Staatsschuldenkrisen. Jürgen Kaiser, Politischer Koordinator von erlassjahr.de, vergleicht den Umgang mit den Schuldenkrisen der Entwicklungsländer mit der Situation Griechenlands: „Immer wieder lässt sich bei Staaten eine Verschleppung der letztlich unvermeidbaren Insolvenz beobachten – mit erheblich höheren Kosten für die Gläubiger. Die vergangene Dekade war ein verlorenes Jahrzehnt für die Schuldner: Das Geld für die Rettungsschirme wäre besser in einen wirtschaftlichen Neuanfang der betroffenen Schuldnerländer als in die Refinanzierung des Schuldendienstes investiert worden.“
Quelle: erlassjahr.de

9. **The 13,6% decrease in hourly wage costs in Greece after the third quarter of 2009**
   According to the IMF, Greece has to cut wages.[…]
   Hmmm. Let’s improve upon the IMF and look at the facts – Greece already did. No country in Europe comes even close, according to recent data from Eurostat. To no avail, alas, as employment is down 8,5%, compared with a year ago (and again, no country in Europe comes close). Considering a 7% rate of inflation between the third quarter of 2009 and the third quarter of 2011 as well as taking the decline of employment between 2009 and 2010 into account this means that purchasing power of total wages must have declined with about 30% in two years (which is consistent with the comparable decline of retail sales).



Quelle: Real-World Economics Review

10. **Streit um Target-2-Salden – Ein Professor, der Äpfeln, Birnen und Bananen addiert**
    Es klingt wie ein Skandal: Der Chef des Münchner Ifo-Instituts Hans-Werner Sinn glaubt, in der Bilanz der Bundesbank ein Risiko von mehr als 500 Milliarden Euro für den deutschen Steuerzahler gefunden zu haben. Aber seine Rechnung ist unlauter. […] Mit solch einer wilden Addition von Äpfeln, Birnen und Bananen wird man natürlich in Talkshows eingeladen; unlauter ist sie dennoch. Das gilt vor allem für die Einstufung einer statistischen Rechengröße wie der Target-Salden als “Kredite”. Die Salden sind Ausdruck der Krise, nicht ihre Ursache, so wie Heynckes’ Mimik der Spiegel äußerer Ereignisse ist. Man stelle sich vor, es gäbe die nationalen Notenbanken nicht mehr, sondern nur noch die EZB. Die Lage bliebe die gleiche, die Target-Salden aber wären weg. In dem Maß, in dem die Euro-Krise abebbt, werden sich auch die Salden zurückbilden – ohne die von Sinn geforderte “Tilgung”, ganz von alleine.
    Selbst wenn ein Land aus der Euro-Zone austräte und bestehende Verbindlichkeiten einfach ignorieren würde, müsste die Bundesbank lediglich gemäß ihres EZB-Kapitalanteils haften – unabhängig von der Höhe der eigenen Target-Forderungen. Nur bei einem vollständigen Auseinanderbrechen der Währungsunion geriete das System wirklich aus den Fugen. Dann aber wären die Target-Salden Europas kleinstes Problem.
    Quelle: Süddeutsche Zeitung
11. **Thomas Fricke: Huch, wir sind Wirtschaftswunder**

Deutsche Experten erklären dem Rest der Welt gerade erstaunlich selbstsicher unseren Erfolg. Dabei hatte damit vor ein paar Jahren gar keiner gerechnet. Eine Erinnerungshilfe.
Die Story klingt überzeugend. Während der Rest der Welt lange geschludert hat, sind wir durchs Tal der Tränen gegangen, haben uns angepasst, verzichtet – und rums sind die anderen in der Krise. Und bei uns ist der Boom da. Jetzt ist von dauerfetten Jahren die Rede, wie sie der frühere Sachverständigenchef Bert Rürup für die nächsten Jahre prophezeit. Oder vom zweiten Wirtschaftswunder, das uns unversehens ereilt hat. Und vom Vorbild: für alle, die nun kriseln.
Die Sache hat eigentlich nur einen ganz kleinen, aber blöden Schönheitsfehler: dass uns das Wunder keiner so richtig vorhergesagt hat. Zumindest nicht die, die das jetzt so märchenhaft erzählen. Im Gegenteil. Die Erklärung wirkt ein bisschen nachgereicht. Was wiederum zweifeln lässt, ob sie überhaupt stimmt – und wir dem Rest der Welt zur Nachahmung nicht gerade ziemlichen Quatsch empfehlen. Kleine Zeitreise.
Quelle: FTD

12. **Weniger als das Minimum**
Sozialministerin Ursula von der Leyen plant eine Mini-Rentenreform. Ihr Zuschussmodell wird gegen Altersarmut aber kaum helfen
Sicher ist nur: Die Renten sinken. Das ist keine Rentenlüge, sondern das, was die Deutschen von ihren Altersbezügen erwarten. Die Hälfte der Bundesbürger rechnet mit weniger als 50 Prozent ihrer bisherigen Nettoeinkünfte, knapp jeder Fünfte sogar mit unter 30 Prozent. Gemessen am Ehrensold des unehrenhaft von Bord gegangenen Bundespräsidenten Christian Wulff ein Hohn auf lebenslange Erwerbsarbeit.
Quelle: Der Freitag
13. **Der Iran und die Gefahr eines neuen Krieges**
Die Verschärfung des Embargos gegen den Iran durch die Europäische Union und die enorme Konzentration von Kriegsschiffen der USA und Großbritanniens im Persischen Golf deuten darauf hin, dass ein Militärschlag gegen den Iran vorbereitet wird. Über die Kriegsgefahr, die Situation im Iran und mögliche Perspektiven der Friedensbewegungen sprachen GWR-Redakteur Bernd Drücke und die GWR-PraktikantInnen Monika und Jonathan mit dem emeritierten Osnabrücker Politikwissenschaftler Prof. Dr. Mohssen Massarrat:
Quelle: Linksnet [PDF – 1.0 MB]

Anmerkung Orlando Pascheit: *Sollte tatsächlich die "internationale Friedensbewegung … die einzige Kraft [sein], die dazu in der Lage wäre, gegen die einseitige Politik des Westens Stellung zu beziehen, Alternativen aufzuzeigen und*

darauf aufmerksam zu machen, dass diese westliche Politik auf dem besten Wege ist, die Voraussetzungen für einen Krieg zu schaffen", dann ist wohl alles verloren. Die Piloten der israelischen Luftwaffe haben bereits Urlaubssperre.

14. **Syrische Sackgasse**
Baschar al-Assad kann sich in dem zweifelhaften Glanz sonnen, einer der unbeliebtesten Männer der Welt zu sein. Fast jeder verurteilt ihn als Tyrannen, ja sogar als ungewöhnlich blutrünstiges Exemplar dieser Gattung. Selbst jene Regierungen, die seine Verurteilung ablehnen, raten ihm, weniger repressiv vorzugehen und seinen innersyrischen Widersachern politische Zugeständnisse zu machen.
Wie kommt es aber, dass er alle Ratschläge in den Wind schlägt und weiterhin maximale Gewalt einsetzt, um die politische Kontrolle über Syrien aufrecht zu erhalten? Warum interveniert niemand, um Assads Amtsverzicht zu erzwingen? Um diese Fragen beantworten zu können, sollten wir zunächst einmal analysieren, worin Assads Stärken bestehen. Er verfügt, erstens, über eine ziemlich schlagkräftige Armee, die bislang noch, wie andere Gewaltapparate im Lande auch, weitgehend loyal zum Regime steht. Zweitens scheint Assad in einer Situation, die zunehmend nach Bürgerkrieg aussieht, noch mindestens die Hälfte der Bevölkerung hinter sich zu haben.
Quelle: Blätter
15. **Solid gegen alle, alle gegen Solid**
Der Linke-Jugendverband erhält zu Recht keine staatlichen Zuschüsse. Auch für Jusos und Co geht es um Millionen. Derzeit ist die gesamte Finanzierung rechtswidrig. Familienministerin Kristina Schröder (CDU) hat einen Prozess gewonnen, ist mit dem Ergebnis aber gar nicht zufrieden. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg hat am Mittwoch entschieden, dass Solid, der Jugendverband der Linkspartei, zu Recht keine Staatszuschüsse erhielt.
In der Begründung hat das Gericht allerdings klargestellt, dass derzeit die gesamte Finanzierung der parteinahen Jugendverbände rechtswidrig ist. Also hätten auch Jusos, Junge Union, Grüne Jugend und Junge Liberale kein Geld bekommen dürfen. Schröders Ministerium zeigte sich vom OVG-Urteil „überrascht", man habe die Zuschüsse schließlich mehr als sechzig Jahre lang ohne gesetzliche Regeln verteilt. Die Ministerin wollte Solid das Geld verweigern, weil der Jugendverband vom Verfassungsschutz beobachtet wird.
Ob das ein Versagungsgrund ist, ließ das OVG nun ausdrücklich offen. Sein Urteil stützt sich auf die sogenannte „Wesentlichkeitstheorie". Danach sind alle wesentlichen Fragen im Staat per Gesetz zu regeln. Die Zuschüsse für die Jugendverbände seien

wesentlich, weil die „Neutralität des Staates“ betroffen ist, wenn bestimmte Verbände kein Geld bekommen sollen.
Quelle: taz

16. **Piratenpartei: Vom Betriebssystem zum Parteiprogramm**
Mitte Februar gingen mehrere zehntausend Menschen in Deutschland auf die Straße. Sie protestierten gegen ACTA, ein internationales Handelsabkommen gegen Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen im Internet. Die Demonstranten befürchten, dass das Abkommen zu Online-Zensur führt und fordern stattdessen eine grundlegende Reform des Urheberrechts. Die Regierungskoalition zeigte sich überrascht vom „Aufstand der Generation Internet“ (FAZ) und setzte die Ratifizierung des Abkommens vorerst aus.
Allmählich begreifen die „etablierten“ Parteien, dass Netzpolitik nicht länger ein Nischenthema ist, sondern Konjunktur hat. Seit einigen Monaten verfügen die Digital Natives sogar über eine eigene parlamentarische Stimme: die Piratenpartei. Ihr gelang Ende vergangenen Jahres mit erstaunlichen 8,9 Prozent überraschend der Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus. Seitdem befindet sich die Partei weiter im Aufwind. Für die kommenden Landtagswahlen im Saarland und in Schleswig Holstein werden ihr zwischen fünf und sieben Prozent der Wählerstimmen vorhergesagt, im Bund sind es sogar bis zu neun Prozent.
Quelle: Blätter

17. **Chancen, Freiheit und Verantwortung in der Klassengesellschaft**
Neue Studie zu Ungerechtigkeiten im Bildungssystem – Dauerhafte Armut sorgt für dauerhaften Abstieg
Der Schock sitzt tief angesichts der neuen Erkenntnisse: Die Bildungschancen hängen von der sozialen Lage ab! Gewiss wird die Politik sofort alles dransetzen, die Ursachen der Benachteiligung zu beseitigen und für gleiche Chancen für alle Kinder zu sorgen, wie es in einem Sozialen Rechtsstaat selbstverständlich ist! Wird sie das wirklich? Chancen genug hatte sie ja in den letzten 44 Jahren, also seit der ersten größeren öffentlichen Debatte in der Bundesrepublik über „schichtspezifische“ Chancen und Benachteiligung und über die Notwendigkeit einer Bildungsoffensive. Wenn in diesem langen Zeitraum das Problem der eklatanten Ungerechtigkeit des Bildungssystems nicht gelöst, das Ungleichgewicht der Lern- und Lebenschancen vielmehr zunehmend in Richtung neofeudaler Verhältnisse verschoben wurde – dann sind Grundsatzfragen fällig.
In Presseberichten und Kommentaren, in Stellungnahmen von Politikern (vorwiegend der Opposition) und Gewerkschaftern wird die jüngst wieder zutage getretene Ungerechtigkeit des deutschen Bildungssystems beklagt. Denn nach dem „Chancenspiegel“ der Uni Dortmund entscheidet über den Bildungsweg der Kinder in

starkem Maß die soziale Stellung der Eltern. Ein Aufstieg im gegliederten Schulsystem ist laut Studie kaum möglich, ein Abstieg um ein Vielfaches leichter. Zwischen den Bundesländern herrschen zwar erhebliche Unterschiede, der Trend ist aber überall eindeutig: Je schlechter die soziale Lage der Familie, desto schwerer wird der Aufstieg in der Bildungshierarchie. (Das wussten anscheinend auch schon die SchülerInnen, die bei den großen Bildungsprotesten vor zwei Jahren „Reiche Eltern für alle!“ gefordert hatten.)
Quelle: Saarländische Online-Zeitung

18. **Bloß keine Neid-Debatte!**
[…] Bild.de hat deshalb eine 20-teilige Klickstrecke veröffentlicht, in der aufgeführt ist, was die “Top-Manager” im Jahr 2011 so verdient haben. […]
Diese Aufzählung ist nicht ganz aussagekräftig, weil nicht alle Unternehmen die Bezüge ihrer Manager offenlegen (müssen). Die Axel Springer AG, bei der die “Bild”-Zeitung erscheint, hält sich etwa bedeckt, was das Einkommen ihres Vorstandsvorsitzenden Mathias Döpfner angeht. Das “Manager Magazin” schätzte dessen Jahresgehalt im Juni 2010 auf Elf Millionen Euro. Springer bezeichnete diese Angaben damals als “grob falsch”, doch die “Süddeutsche Zeitung” taxierte Döpfners Einkünfte im April 2011 auf ähnlich hohe zehn Millionen.
Mit einer Zahl dieser Größenordnung hätte er sich in der Auflistung bei Bild.de den zweiten Platz verdient.
Quelle: BILDblog
19. **Christoph Lütgert: “BILD” bleibt “BILD” – ganz tief unten**
Wie ekelhaft!!! Da bringt einer viele tausend Menschen um ihre Ersparnisse, rafft sich selbst unvorstellbare Reichtümer zusammen, und die “Bild”-Zeitung feiert diesen Mann als Helden, stilisiert ihn sogar zu einem Idol. Jeder, so die Botschaft, könne von ihm lernen. Die Rede ist von Carsten Maschmeyer. Der Karrieremensch als Aufmacher in Deutschlands größter Zeitung. Kein Wort darüber, wie viele Kleinanleger er mit den unseriösen Finanzprodukten seines AWD ins Unglück gestürzt hat.
Ganzseitig darf sich Maschmeyer seiner Beziehungen zu den Großen, Reichen und Schönen rühmen. Und als sei das nicht schon unappetitlich genug, soll es in “Bild” das Maschmeyer-Selbstlob in Fortsetzung geben.
Quelle: Vocer
20. **„Kölner Treff“ mit Stéphane Hessel**
    - Freitag, 16. März 2012, 21.45 – 23.10 Uhr
    - Sonntag, 18. März 2012, 09.35 – 11.00 Uhr (Wdh.)

auf WDR-Fernsehen
Quelle: WDR